

BLV 09.03.2011

Ortsamt gibt Entwarnung

Blumenthal – In die Debatte um die Bunkerstollen in Bremen-Nord, besonders in Blumenthal, kommt Bewegung. Nach Gesprächen mit Anwohnern und Behörden gab Ortsamtsleiter Peter Nowack jüngst „Entwarnung“. „Nach Auskunft der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) besteht keine akute Gefahr von Tagesbrüchen in Häusern oder Gärten der Blumenthaler Bevölkerung.“ Die akute Gefahr sei allerdings von Sachverständigen für das Stolleninnere festgestellt worden. Daher sei entschieden worden, die Stollenanlage BS 12 mit ihren knapp 1000 Metern Länge vollständig zu verfüllen. Ursprüngliche Pläne zur Nutzung als Zivilschutzanlage wurden demnach wegen des schlechten Allgemeinzustandes verworfen.

Hauseigentümer müssen Zutritt gewähren

Problem ist die Finanzierungsfrage: Während für die Stollenanlagen das Bundesfinanzministerium wegen des Allgemeinen Kriegsfolgegesetzes (AKG) zuständig sei, gehört der Zivilschutz zur Hoheit des Innenministeriums und eventuell auch der Freien Hansestadt Bremen. Die Verfüllung muss demnach mit verschiedenen Institutionen geklärt werden.

Er habe jedoch die Mitteilung bekommen, dass die Entscheidung über die Verfüllung unabhängig von der Lösung der Finanzierungsfrage intensiv vorangetrieben werde, weil die fortschreitende Verschlechterung der Anlage gutachterlich belegt sei, erklärt Peter Nowack.

Geklärt werden müsse auch noch, welche Verfüllung gewählt werden soll. Es sei lediglich unumstritten, dass es eine Vollverfüllung der gesamten Stollenanlage geben müsse.

Der genaue Zeitpunkt der Verfüllungsmaßnahme wurde noch nicht mitgeteilt, da die Baumaßnahme deutlich über 500 000 Euro koste und europaweit ausgeschrieben werden müsse. Die Prognosen lauten nach den Worten Nowacks aber auf Fertigstellung Ende dieses Jahres.

Dafür müssten aber alle betroffenen Hauseigentümer die Betretungsgenehmigung zur Erkundung erteilen. Diese seien von der BImA Ende 2009 schriftlich erbeten worden. Viele seien bisher nicht zurückgesendet worden. „Bitte erledigen Sie das umgehend, damit wir von unserer Seite alles zur schnellstmöglichen Lösung beitragen“, appellierte Nowack. Im Zweifel werde das Ortsamt helfen. *DF*